

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Harald Güller, Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Christa Steiger, Angelika Weikert, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Bayern braucht keine Sozialministerin der sozialen Kälte!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt mit Bedauern fest, dass das Verhalten von Staatsministerin Haderthauer aus Anlass ihres Besuchs einer Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber in Würzburg leider kein Einzelfall war. Die Ministerin hatte bereits bei früherer Gelegenheit wiederholt behauptet, dass zwei Drittel der Asylbewerber unser Sozialsystem missbrauchen würden. Einen Beweis für ihre Anschuldigungen blieb Frau Haderthauer schuldig. Doch nicht nur das Schicksal von Menschen, die Zuflucht in Deutschland suchen sind der Sozialministerin gleichgültig, auch die Verbesserung der Situation von pflegebedürftigen Menschen ist ihr offensichtlich kein Anliegen. An einem Symposium von Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften, das am 26. Februar 2013 im Landtag stattfand, nahm die Sozialministerin erst nach massiven Interventionen von Seiten der Verbände teil. Im Bayerischen Landespflegeausschuss, einem Gremium zur Steuerung und Weiterentwicklung der Pflege nach SGB XI, glänzt die Ministerin auch regelmäßig durch Abwesenheit. Der Landtag hält die offene Auseinandersetzung mit sozialen Realitäten für eine Grundvoraussetzung für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit.

Der Landtag kritisiert die mangelnde Gesprächsbereitschaft der Sozialministerin als Ausdruck einer bedauernswerten sozialen Kälte und fordert Frau Haderthauer auf, im Plenum des Landtags eine Erklärung abzugeben, in der sie

- ihre Aussage zu dem Vorfall in Würzburg zurücknimmt, dass „die Zeitungen (...) eben ohne Recherche auch mal einfach Behauptungen (schreiben), nur weil es zur Story passt“;
- sich bei dem Fotografen, der die Vorgänge in Würzburg mit der Kamera festgehalten hatte, entschuldigt und ihre Behauptung revidiert, dass der Fotograf das Bild gestellt habe;
- erläutert, wie sie in Zukunft ihre Öffentlichkeitsarbeit auf Facebook so gestaltet, dass jeder Eindruck einer Unterstützung durch ausländerfeindliche und antisemitische Kommentare unterbleibt;
- darlegt, wie sie in Zukunft in einen konstruktiven Dialog mit jenen Gruppen (z.B. Asylbewerberinnen und -bewerber, pflegebedürftige oder behinderte Menschen, armutsgefährdete Personen) treten will, für deren Lebenssituation sie als Bayerische Sozialministerin Verantwortung trägt.